

Danziger Zeitung.

Nr. 10774.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition Kettelerhagergasse No. 4 und bei allen Kaiserlichen Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. — Preis pro Quartal 4,50 M., durch die Post bezogen 5 M. — Inserate kosten für die Petitionen oder deren Name 20 M. — Die „Danziger Zeitung“ vermittelt Insertionsanträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1878.

Telegramme der Danziger Zeitung.

Konstantinopel, 25. Januar. 6½ Uhr Abends. Nach einer Meldung der „Agence Havas“ nahm die Pforte die Bedingungen Russlands an. Die Friedenspräliminarien sollen morgen in Adria nördlich unterzeichnet werden, wohin die Bevollmächtigten sich begeben haben.

Wien, 26. Jan. Die „Presse“ meldet, der Kaiser habe die Demission des Cabinets Auersperg angenommen und dasselbe mit der einstweiligen Fortführung der Geschäfte beauftragt.

London, 26. Januar. Im Oberhaus giebt Lord Carnarvon als Gründe seines Rücktritts die Beordnung der englischen Flotte nach den Dardanellen und die Forderung eines Supplementarredits an und fügt hinzu, Lord Beaconsfield sei auch über ihn erbittert wegen seiner friedlichen Rede an die Deputation. Im Unterhaus zeigte Lord Northcote an, Graf Schwartzenberg habe heute dem Grafen Derby gewisse Friedensgrundlagen mitgetheilt. Seitdem wurde die am Mittwoch nach den Dardanellen beorderte Flotte angewiesen, in der Mündung der Dardanellen zu halten und dasselb vorläufig zu bleiben. Die Creditforderung betrage sechs Millionen Pfund. Von dem angeblich bereits erfolgten Abschluss des Waffenstillstandes sei dem Cabinet nichts bekannt.

London, 26. Januar. Im Oberhaus erklärt Lord Beaconsfield, da die russischen Bedingungen eingetroffen wären, welche die Grundlagen für den Waffenstillstand sein sollen, so sei der Befehl zum Abgang der Flotte nach den Dardanellen widerrufen.

Telegraphische Nachrichten der Danziger Zeitung.

Wien, 25. Januar. Aus Athen geht der „Polit. Corresp.“ ein Telegramm von heute zu, nach welchem dem Cabinet ein indirectes Vertrauenvotum ertheilt sei, indem eine Interpellation wegen der Angabe von Gründen für die Demission des früheren Cabinets mit 80 gegen 32 Stimmen verworfen wurde. — Ein Telegramm aus Bukarest von heute meldet: Die Festung Vidin wird ununterbrochen von den Rumänen bombardiert, der Sturm gilt für nahe bevorstehend. Neue große russische Truppennachschüsse rücken in Rumänien ein. — Die „Polit. Corresp.“ bringt endlich ein Telegramm aus Belgrad von heute, nach welchem heftige Kämpfe um Pristina stattfinden, die bisher noch ohne Entscheidung blieben, doch sollen sich die Serben in der Nebermacht befinden.

Versailles, 25. Jan. Deputirtenkammer. Laisant von der Linken richtet eine Anfrage an die Regierung wegen des Vorgangs im Theater von Nantes, wo den Soldaten von der Militärbehörde untersagt worden ist, Theatervorstellungen beizuwohnen oder als Figuren an denselben teilzunehmen, weil das Abfingen der Marseillaise Anlaß zu politischen Kundgebungen gegeben hatte. Der Minister stellte die von den Journals gebrachten Darstellungen richtig und erklärte, er müsse die von der Militärbehörde getroffenen Maßregeln sachlich durchaus billigen, habe aber allerdings die Form zu tadeln. Laisant erklärte sich hierdurch zufrieden gestellt. Beaudry d'Hasson zeigte an, daß er die Regierung über den nämlichen Gegenstand zu interpelliren wünsche. Die Kammer beschloß, die Interpellation auf einen Monat zu vertagen.

Abgeordnetenhaus.

52. Sitzung vom 25. Januar.

Das Haus beschäftigt sich zunächst mit Petitionen. Bereits in der vorigen Session waren dem Abgeordnetenkamme verschiedene Petitionen katholischer Kirchenvorstände zugegangen, in welchen darüber Beschwerde geführt war, daß die zur Verwaltung des bischöflichen Vermögens ernannten Commissarien von den Kirchenvorständen Einreichung des Inventars über das Kirchenvermögen und des Staats verlangten und daß diese gegen die Kirchenvorstände Executivstrafenandrohten und festsetzten, sobald ihrem Verlangen nicht entsprochen wurde. In dieser Session sind ähnliche Petitionen wie damals aus der Diözese Paderborn aus der Diözese Münster eingegangen. Die Petenten wenden sich an das Haus mit dem Antrage, darin zu wirken, daß die Staatsregierung veranlaßt werde, den Commissarien für die bischöfliche Vermögensverwaltung anzuhören, I. von dem Verlangen auf Einreichung des Inventars (Staats) Abstand zu nehmen, II. ihm die Verhängung von Executivstrafen zu untersagen und endlich zu erwirken, daß die bereits beigebrachten Strafen zurückgezahlt werden. — Die Commission beantragt über die Petitionen ad I. zur Tagesordnung überzugehen, ad II. dieselben der Königl. Staatsregierung zur Berücksichtigung und Abhilfe dahin zu überweisen, daß die bereits beigetriebene Executivstrafe zurückgestattet werden. — Die Abg. Hanel und Löwenstein beantragen ad II. des Commissarien für die bischöfliche Vermögensverwaltung, die Commissarien für die bischöfliche Vermögensverwaltung zum Schutze der von ihnen in Ausübung ihrer Amtsgewalt getroffenen, durch ihre gesetzliche Befugnis gerechtfertigten Anordnungen eine angemessene Executivgewalt zu verleihen, daß aber nach Lage der Gesetzgebung das Recht der Ordnungsstrafen und anderer Geldandrohungen ihnen nicht zusteht, und um deswollen die Erhebung von Geldstrafen, soweit dieselbe stattgefunden hat, nicht gerechtfertigt er scheint, beschließt das Haus der Abgeordneten: die Petitionen der Staatsregierung zur Berücksichtigung und Abhilfe zu überweisen. — Abg. v. Beditz schlägt vor: ad II. die Petitionen der Staatsregierung mit der Aufforderung

zu überweisen, die gesetzliche Regelung der Executivbefugnisse der Commissarien für die bischöfliche Vermögensverwaltung herbeizuführen.

Abg. v. Braunschweig beantragt, über die Petitionen einfach zur Tagesordnung überzugehen. Er führt aus, daß notwendig jeder Staatsbeamte, der einen Auftrag erhält, ein Gesetz auszuführen, damit auch die notwendige Executivgewalt erwält, ohne daß dies im Gesetz ausdrücklich vorgeschrieben sei. Ebenso, wie man den Eisenbahncossmisarien ein Executionsrecht gegeben habe, ohne daß dies im Gesetz ausdrücklich vorgeschrieben sei, ebenso habe auch der bischöfliche Commissiar das Recht, Zwangsmittel anzuwenden, denn er übt sein Amt zweifellos als Staatsbeamter, nicht als ein Kirchenamt. Der Einwand, daß ihm nur solche Befugnisse zuständen, die auch die Bischöfe ausüben dürfen, beruht nur auf einer Verweichung der formellen und materiellen Seite der Sache.

Abg. Freynd vertheidigt den Antrag der Abg. Löwenstein und Hanel: es handelt sich bei einer Gesetzesvorchrift über die Befugnisse der bischöflichen Commissarien lediglich um ein Recht der Staatsbürgers; sie müssen genau wissen, ob der betreffende Beamte das Recht zu derartigen Zwangsmassnahmen habe oder nicht. Er und seine Freunde, und auch die Mehrheit der Commission leugnen, daß nach den bestehenden Gesetzen dem fraglichen Beamten eine solche Befugnis aufstehe; sie leugnen aber nicht, daß es notwendig sei, diesen Beamten im Interesse der Autorität der Staatsgewalt in solches Recht beizulegen. Für die Ansicht der Commission spreche jedenfalls der § 6 des Kirchenvermögensgesetzes, welches ausdrücklich vorschreibt, daß der Oberpräsident die erforderlichen Zwangsmassnahmen trifft, welche notwendig sind, um das Vermögen der Verwaltung gejährt werden würde.

Abg. Biesenbach: Es ist das erste Mal, daß wir dem Beschuß einer Commission, der direct oder indirekt mit dem Culturkampf zusammenhängt, zustimmen können. Nachdem der vorliegende Beschuß der Commission gefaßt war, sagte ein einflussreiches Mitglied der Minorität der Letzteren zu einem Mitglied der Majorität: „Sie haben als Jurist abgestimmt, nicht als Politiker.“ Er erhielt zur Antwort: „Bei der Interpretation der Gesetze müssen wir als Juristen stimmen, nicht als Politiker.“ Auch Sie müssen dem Commissarienbeschuß beitreten, wenn Sie als Juristen interpretieren. Der Hauptpunkt der ganzen Frage ist die Executivstrafewalt des bischöflichen Commissarien. Diese Strafewalt kann ihm aber nicht zugesprochen werden, besonders nicht gegen die Kirchenvorstände, welche Corporation sind und nach Majoritäten beschließen, wobei nicht festzustellen ist, wer für oder gegen einen bestimmten Beschuß gestimmt hat. Die Executivstrafewalt kann nur von dem ausgeübt werden, dem sie durch ein besonderes Gesetz beilegt ist und folgt nicht aus dem allgemeinen Vollzugskreis des Staates. Die Verordnung von 1808 hat dieses Recht geschaffen und nicht blos geregelt, und durch sie ist nur der Bezirkstag als solcher, also dem Regierungskollegium, die Strafewalt gegeben worden und nicht jedem einzelnen Regierungsbeamten. Für diese Ansicht ist der Abg. Lasker wiederholt eingetreten und ich hoffe, daß er auch heute dabei bleibt. Der bischöfliche Commissiar bekleidet kein von der allgemeinen Regierungsgewalt abgeweidetes Amt; es ist nur ein von der Regierung gestelltes Substitut des Bischofs und kann also nicht mehr Rechte haben als dieser, der keine executive Strafewalt hatte. (Beifall im Centrum.)

Abg. v. Beditz: Der Rechtsstandpunkt der meine politischen Freunde einnehmen, ist der, daß durch das Gesetz vom 20. Mai 1874 den Commissarien für die Verwaltung des bischöflichen Vermögens Zwangskreise beilegt sind. Auch wir sind aber der Meinung, daß es zweifelhaft ist, ob einem einzelnen Beamten zweckmäßig so weite Befugnisse beigelegt werden, namentlich, ob die durch die Verordnung bestimmte Freiheitsstrafe notwendig und zweckmäßig ist. Es schien daher geboten, durch eine anderweitige gesetzliche Regelung ein zweckmäßiges, klares und unmissverständliches Recht zu schaffen, besonders in einer Zeit, wo wir im Begriff sind, die Autorität des Staates gegenüber der katholischen Kirche zu festigen.

Ministerialdirektor Löhrer erklärt, daß der Antrag v. Beditz, wenn derselbe dahin zu verstehen sei, daß die bestehenden Executivbefugnisse in beschränkender Weise geregelt werden sollen, den Wünschen der Regierung nicht zuwidere sei.

Abg. Lasker hält die Entscheidung des vorliegenden Falles für eine juristische Frage ersten Ranges, in die man nicht politische Motive hineinziehen dürfe. Am allerbedeutendsten würde es sein, die Angelegenheit so zu behandeln, als wenn diejenigen, welche das Executivstrafrecht der Commissarien betrifft, in dem kirchenpolitischen Kampf sich auf die Seite des Centrums stellen. Ein Executivstrafrecht steht den oberen Behörden gegen die niederen Behörden in Preußen in keinem Falle zu, sondern nur das Recht, Ordnungsstrafen zu klassen. Also selbst als Theil der Regierung würde der Commissiar das beanspruchte Recht nicht haben, ganz abgesehen von dem Einwande, daß das Recht, das einem Kollegium aufstehe, noch lange nicht dem einzelnen Theil eingeräumt sei. Wenn man sich auf die ratio des Gesetzes berufe, so dürfe man doch nicht übersehen, daß eine ratio des Gesetzes noch nicht selbst Gesetz sei. Man behauptete, j. der Staatsbeamte habe an sich ein Executivrecht, und die gesetzlichen Bestimmungen, welche dieses Executivrecht der Beamten regeln, seien nicht dazu da, um den Beamten das Recht erst zu verleihen, sondern nur, um es in bestimmte Grenzen einzuschränken. Wenn dies wirklich geltend Recht wäre, so würde der Gendarm und der Stadtwächter, über deren Executivrecht kein Gesetz etwas bestimmt, eine ganz unbegrenzte Executivgewalt besitzen. Unter solchen Umständen bleibe nichts übrig, als anzuerkennen, daß das Gesetz über die Vermögensverwaltung eine Lücke enthalte, daß es notwendig sei, den Staatscommissarien das Executivrecht, daß sie bis jetzt nicht besitzen, zu ertheilen und als Controle das Verwaltungsgerichtsverfahren einzuführen. Die Zurückhaltung der bereits eingezogenen Strafwehre habe das Haus nicht zu verfügen, sondern nur zu erklären, daß nicht den Gesetzen entsprechend verfahren sei. Die Regierung werde dann auf Grund dieses Beschlusses selbst das Erfordernische anordnen haben. Aus diesem Grunde halte er den Antrag Hanel-Löwenstein für correcter als den der Commission. Der Übergang zur Tagesordnung und die dadurch ausgesprochene Anerkennung, daß eo ipso jeder Staatsbeamte ein Executivrecht besitze, widerspreche dem verfassungsmäßigen Recht des Landes und würde die größte Verwirrung herbeiführen.

Ministerialdirektor Löhrer erklärt, daß die Motivierung, die der Abg. Lasker dem Antrag Löwenstein gegebenen, den Ansichten der Regierung erheblich näher gekommen sei, als die Darlegung des Referenten. Sollte dieser Antrag angenommen werden, so werde die Regierung unverzüglich darauf Gedacht nehmen, daß Executivrecht der Commissarien einer gesetzlichen Regelung entgegenzuführen.

in den ferneren Sälen von Ordnungsstrafen die Rechte ist, so muß ich bemerken, daß ein solches Recht niemals in Auftrag genommen worden ist, weil den Commissarien eine Disciplinarbefugnis nicht übertragen worden ist.

Abg. Bacher (Schweidnitz) erklärt, daß er und ein Theil seiner Partei nicht auf dem Standpunkt des Antrages Löwenstein stehe, sondern daß er der Ansicht sei, daß jede Regierungsbörde, kraft eines allgemeinen Regierungsrechts, zur Verbüngung von Executivstrafen befugt sei. Diese Ansicht, welche auch der Vertreter der Staatsregierung vertheidigt habe, werde von sämtlichen Staatsrechtslehrern getheilt. Der einzelne Commissiar sei an die Stelle der Regierung getreten und ihm ständen nunmehr alle diejenigen Befugnisse zu, welche sonst der Regierung competire. Nebrigens sei dies auch bestehendes Recht in Preußen, in einem Erlebnis des Gerichtshofs für Kompetenzkonflikte ausgesprochen und in Präcedenzfällen, wie z. B. bei dem Eisenbahncossmisarien anerkannt. Mit dem Antrage der Commission kann sich Redner nicht einverstanden erklären, besonders damit nicht, daß der Staat die beigetriebenen Strafen zurückstellen solle, weil dadurch die Regierung einer malia fides für die Vergangenheit gejährt würde.

Abg. Biesenbach: Es ist das erste Mal, daß wir dem Beschuß einer Commission, der direct oder indirekt mit dem Culturkampf zusammenhängt, zustimmen können. Nachdem der vorliegende Beschuß der Commission gefaßt war, sagte ein einflussreiches Mitglied der Minorität der Letzteren zu einem Mitglied der Majorität: „Sie haben als Jurist abgestimmt, nicht als Politiker.“ Er erhielt zur Antwort: „Bei der Interpretation der Gesetze müssen wir als Juristen stimmen, nicht als Politiker.“ Auch Sie müssen dem Commissarienbeschuß beitreten, wenn Sie als Juristen interpretieren. Der Hauptpunkt der ganzen Frage ist die Executivstrafewalt des bischöflichen Commissarien. Diese Strafewalt kann ihm aber nicht zugesprochen werden, besonders nicht gegen die Kirchenvorstände, welche Corporation sind und nach Majoritäten beschließen, wobei nicht festzustellen ist, wer für oder gegen einen bestimmten Beschuß gestimmt hat. Die Executivstrafewalt kann nur von dem ausgeübt werden, dem sie durch ein besonderes Gesetz beilegt ist und folgt nicht aus dem allgemeinen Vollzugskreis des Staates. Die Verordnung von 1808 hat dieses Recht geschaffen und nicht blos geregelt, und durch sie ist nur der Bezirkstag als solcher, also dem Regierungskollegium, die Strafewalt gegeben worden und nicht jedem einzelnen Regierungsbeamten. Für diese Ansicht ist der Abg. Lasker wiederholt eingetreten und ich hoffe, daß er auch heute dabei bleibt. Der bischöfliche Commissiar bekleidet kein von der allgemeinen Regierungsgewalt abgeweidetes Amt; es ist nur ein von der Regierung gestelltes Substitut des Bischofs und kann also nicht mehr Rechte haben als dieser, der keine executive Strafewalt hatte. (Beifall im Centrum.)

Abg. v. Beditz: Der Rechtsstandpunkt der meine politischen Freunde einnehmen, ist der, daß durch das Gesetz vom 20. Mai 1874 den Commissarien für die Verwaltung des bischöflichen Vermögens Zwangskreise beilegt sind. Auch wir sind aber der Meinung, daß es zweifelhaft ist, ob einem einzelnen Beamten zweckmäßig so weite Befugnisse beigelegt werden, namentlich, ob die durch die Verordnung bestimmte Freiheitsstrafe notwendig und zweckmäßig ist.

Es schien daher geboten, durch eine anderweitige gesetzliche Regelung ein zweckmäßiges, klares und unmissverständliches Recht zu schaffen, besonders in einer Zeit, wo wir im Begriff sind, die Autorität des Staates gegenüber der katholischen Kirche zu festigen.

Ministerialdirektor Löhrer erklärt, daß der Antrag v. Beditz, wenn derselbe dahin zu verstehen sei, daß die bestehenden Executivbefugnisse in beschränkender Weise geregelt werden sollen, den Wünschen der Regierung nicht zuwidere sei.

Abg. Lasker hält die Entscheidung des vorliegenden Falles für eine juristische Frage ersten Ranges, in die man nicht politische Motive hineinziehen dürfe. Am allerbedeutendsten würde es sein, die Angelegenheit so zu behandeln, als wenn diejenigen, welche das Executivstrafrecht der Commissarien betrifft, in dem kirchenpolitischen Kampf sich auf die Seite des Centrums stellen. Ein Executivstrafrecht steht den oberen Behörden gegen die niederen Behörden in Preußen in keinem Falle zu, sondern nur das Recht, Ordnungsstrafen zu klassen. Also selbst als Theil der Regierung würde der Commissiar das beanspruchte Recht nicht haben, ganz abgesehen von dem Einwande, daß das Recht, das einem Kollegium aufstehe, noch lange nicht dem einzelnen Theil eingeräumt sei. Wenn man sich auf die ratio des Gesetzes berufe, so dürfe man doch nicht übersehen, daß eine ratio des Gesetzes noch nicht selbst Gesetz sei. Man behauptete, j. der Staatsbeamte habe an sich ein Executivrecht, und die gesetzlichen Bestimmungen, welche dieses Executivrecht der Beamten regeln, seien nicht dazu da, um den Beamten das Recht erst zu verleihen, sondern nur, um es in bestimmte Grenzen einzuschränken. Wenn dies wirklich geltend Recht wäre, so würde der Gendarm und der Stadtwächter, über deren Executivrecht kein Gesetz etwas bestimmt, eine ganz unbegrenzte Executivgewalt besitzen. Unter solchen Umständen bleibe nichts übrig, als anzuerkennen, daß das Gesetz über die Vermögensverwaltung eine Lücke enthalte, daß es notwendig sei, den Staatscommissarien das Executivrecht, daß sie bis jetzt nicht besitzen, zu ertheilen und als Controle das Verwaltungsgerichtsverfahren einzuführen. Die Zurückhaltung der bereits eingezogenen Strafwehre habe das Haus nicht zu verfügen, sondern nur zu erklären, daß nicht den Gesetzen entsprechend verfahren sei. Die Regierung werde dann auf Grund dieses Beschlusses selbst das Erfordernische anordnen haben. Aus diesem Grunde halte er den Antrag Hanel-Löwenstein für correcter als den der Commission. Der Übergang zur Tagesordnung und die dadurch ausgesprochene Anerkennung, daß eo ipso jeder Staatsbeamte ein Executivrecht besitze, widerspreche dem verfassungsmäßigen Recht des Landes und würde die größte Verwirrung herbeiführen.

Die Debatte wird hierauf geschlossen und nach Abstimmung aller Amendements (das Hanel-Löwenstein'sche fällt mit 173 gegen 167 Stimmen) der Antrag der Commission unter Streitigung der Worte, welche eine Rückstättung der Executivstrafwehre verlangen, angenommen.

Es werden darauf 10 Wahlen (darunter auch die Stargarder) für gültig, 2, die der Abg. Haussmann und Zansen, für ungültig erklärt. — Nächste Sitzung: Montag.

Herrenhaus.

8. Sitzung vom 25. Januar.

Der zwischen Preußen und Waldeck unter dem 24. November 1877 abgeschlossene Vertrag, betreffend die Fortführung der Verwaltung der Fürstenländchen Waldeck und Pyrmont durch Preußen, wird auf bloß angenommen.

Es folgt der Bericht der Commission für den Staatshaushalt. — Referent Wilhelms: In den ursprünglichen Regierungsvorlagen enthielt das Staatsgesetz nur die Festsetzung des Staatshaushaltsets für das Jahr vom 1. April 1878/79 und die Ernennung des Finanzministers zur Ausgabe von verzinslichen Schatzscheinen. In Bezug auf die Contrahierung einer Anleihe zur Deckung außerordentlicher Bedürfnisse war von der Staatsregierung ein besonderer Gesetzentwurf vorgelegt. Das Haus der Abgeordneten war der Ansicht, daß diejenigen Ausgaben, welche aus der beaufsichtigten Anleihe im nächsten Jahre zu bestritten sein würden, der Staat für das betreffende Jahr nachweisen müsse. Unter Verminderung der vorgeschlagenen Anleihe auf 42 Millionen M. ist letzterer Betrag in den Staatshaushaltset aufzugeben. Der Gesetzentwurf ist als bestehendes Gesetz gesetzt; gleichzeitig sind über die Bestimmungen des Anleihegektenwurtes in den Entwurf des Gesetzes betreffend die Feststellung des Staatshaushaltsets für das Jahr 1878/79 auf das ihm verfassungsmäßig zustehende Recht, von der Staatsregierung ein besonderer Gesetzentwurf vorgelegt. Das Haus der Abgeordneten war der Ansicht, daß diejenigen Ausgaben, welche aus der beaufsichtigten Anleihe im nächsten Jahre zu bestritten sein würden, der Staat für das betreffende Jahr nachweisen müsse. Unter Verminderung der vorgeschlagenen Anleihe auf 42 Millionen M. ist letzterer Betrag in den Staatshaushaltset aufzugeben. Die Bestimmungen des Anleihegektenwurtes vor wie nach derselben bleibt. Es hat also das Herrenhaus auch trotz der Aufnahme solcher Bestimmungen in den Gesetzentwurf das Recht, sie im Einzelnen zu prüfen und Änderungen zu beschließen. Die Folgen einer solchen Änderung müßten den aber, wenn das andere Haus nicht davon eingesetzt, einer Ablehnung des Staats gleich sein. Das Herrenhaus würde also, der Wirkung nach, vor der Frage der Abstimmung oder Annahme des Staats stehen. Jedenfalls würde die Feststellung des Staats, deren Eintritt vor Beginn des neuen Staats verfassungsmäßig notwendig ist, durch die Verhandlungen zwischen beiden Häusern des Landtags überstreichen. Da in materieller Beziehung die Commission nichts gegen die Beschlüsse des anderen Hauses einzuwenden hat, so beantragt sie unter Beiseitelassung dieser formalen Bedenken die Genehmigung des Staats.

Graf zur Lippe und v. Kleist-Klevow beantragen folgende Resolution: „Indem das Herrenhaus bei der Bechlußfassung über den Staats-Gesetzentwurf und den Entwurf des Staatshaushaltsets für das Jahr 1878/79 auf das ihm verfassungsmäßig zustehende Recht, zu verlangen: a) daß seine Zustimmung zu der in der Aufnahme von 16 248 286 M. französische Kriegsosten-Entschädigung an Preußen in den Einnahmetat liegenden Änderung des § 3 des Gesetzes vom 11. Juni 1873 durch Vorlegung eines besonderen Gesetzentwurfs eingeholt werde; b) daß seine Zustimmung zu der Aufnahme einer Anleihe bis auf Höhe von 42 Mill. M. nicht durch Entziehung eines diesbezüglichen Paragraphen in den Staatsgektenwurf und durch Entziehung einer Summe in den Einnahmetat, sondern durch die Bechlußfassung eines auf die Bewilligung der Anleihe gezielten besonderen Gesetzentwurfs (Art. 62 und 105 der Verfassungsklausen) her

Haus werden Sie kein Wort verzeichnen finden, welches eine derartige Annahme begründete. Es handelt sich hier nur um eine Verständigung, die ja von Fall zu Fall eintreten kann. Für uns war es lediglich darum zu thun, das Geld zu erlangen, aber wir haben keineswegs erklärt, daß wir mit dem jetzt zum ersten Male vorgeschlagenen Wege immer einverstanden sind. Das Herrenhaus würde meines Erachtens unbedingt berechtigt sein, wenn es die Ausgaben dem Lande schädlich erachtet, von seinem verfassungsmäßigen Recht Gebrauch zu machen und den Staat ganz zu verwerfen. Dies ist ein Recht, das das Herrenhaus auch früher schon geübt hat. Ich habe aber die Freude, daß Ihre Commission gegen die Ausgaben selbst irgend ein Bedenken nicht erhoben hat und daß auch betrifft der Form der Auseinandersetzung nicht der leiseste Einwand gegen den gemachten Vorschlag gemacht worden ist. Unter diesen Umständen meine ich, daß es der vorgeschlagenen Resolution in keiner Weise bedarf (Widerspruch), insoweit darin ein Verfahren angefochten wird, das das Herrenhaus früher selbst gutgeheissen hat, und was das in Zukunft einzuschlagende Verfahren betrifft, so wird das von der jeweiligen Situation und von den Männern, die dieser gegenüberstehen, abhängig sein.

v. Knebel-Döberitz erachtet es für ein Deficit, wenn man nach den großen Errungenchaften der vorigen Jahre noch immer Auleihen aufnehmen muß. Finanzgesetze gebrochen nicht in den Staat. Die neuere Gesetzgebung schwächt die Finanzkraft des Landes. Das Viehleistungsgesetz belastet den Staat durch die vielen unzähligen Reisen der Kreisherräte. Durch die Steigerung der Communalsteuern auf das Zwei- und Dreifache der Staatssteuern wird die Finanzkraft der Steuerpflichtigen geschädigt.

Graf zur Lippe erkennt den Grund der vielsachen Auleiheverträge in dem Zuge der Zeit, alle hervortretenden Bedürfnisse auf einmal zu befriedigen. So lange die Defizitsmittel für dieselben durch Auleihen beschafft werden müssen, ist die Befriedigung derselben eine schlechte Finanzwirtschaft. Nie habe früher eine Justizorganisation die Aufnahme einer Landesschuld notwendig gemacht. Redner bedauert, daß in der Commission des Abgeordnetenhauses der Regierungskommissar erklärt habe, er vermöge in der Aufnahme des Auleihugesetzes in das Städtgesetz eine Schmälerung der Rechte des Herrenhauses nicht zu erkennen. Wenn man dadurch die Streitigkeiten vermindern wolle, dann gebe es doch ein viel radikaleres Mittel dazu, nämlich die Abschaffung beider Häuser des Landtages.

v. Deckend bittet die Resolution abzulehnen, weil das Abgeordnetenhaus zweckmäßig und verfassungsgemäß bei der Feststellung des Städtgesetzes verfahren sei und in keiner Weise die Privilegien dieses Hauses verletzt habe.

Oberbürgermeister Hasselbach konstatiert zunächst, daß seine Voransage eingetroffen ist, daß unsere Finanzen bergab gehen. Die jetzige Eisenbahnpolitik sei geeignet, die Nebel noch zu steigern, weil wir immer mehr Credits für Staatsbahnen verwenden, die ihr Anlagekapital nicht verzinsen. Das Recht des Herrenhauses, wie es die Resolution wahren will, erkennt er im Gegensatz zum Vorredner unzweckhaft an, aber es liege im Interesse des Landes, diesmal auf die Ausübung des Rechtes zu verzichten. Er wird deshalb für die Resolution stimmen.

Oberbürgermeister Becker sagt Mißtrauen gegen die Resolution, weil dieselbe nur von den beiden Führern der äußersten Rechten dieses Hauses, welche gegen alle neueren Organisationsgesetze prinzipielle Opposition gemacht haben, beantragt ist. Wollte man nur die Rechte des Hauses wahren, dann hätte man sich mit anderen Parteien des Hauses in Verbindung setzen können.

v. Kleist-Rosow weist darauf hin, daß auch Mitglieder anderer Parteien die Resolution unterstützen.

Minister Campbauen bemerkt, daß die Regierung ursprünglich den vom Herrenhaus als "soemal correct" bezeichneten Weg bei der Vorlage des Auleihugesetzes eingeschlagen hat und erst von denselben abgesehen ist, als sie die materielle Übereinstimmung aller Factoren der Gesetzgebung auf einem anderen Wege mit Sicherheit voraussetzen konnte. Es schade nichts, wenn das Herrenhaus in einer Resolution seine formellen Rechte wahrt; die Regierung würde sich dadurch in ihrer Stellung nicht erschüttert fühlen.

Prof. Befeler hält die Regierung nicht für befugt, die Erreichung ihrer Forderungen mit der Dröfung der Rechte des Herrenhauses zu erlaufen und dasselbe durch Connivence gegen die Intentionen des Abgeordnetenhauses in eine Notlage zu bringen. Auf diesem Wege könne man in jedem Falle die legislative Mitwirkung des Herrenhauses illusorisch machen, indem man jedes Gesetz in Form einer Geldfrage formell in das Städtgesetz bringe. Der hier eingeschlagene Weg sei ein unabholbar. So sei das mit der Einsetzung des Gehals für zwei Directoren der Hinterpommerschen Eisenbahn geschehen. Hier habe der Handelsminister das Recht des Herrenhauses um 10 000 Silberlinge verklaut. (Heiterkeit.) Redner wäre nicht abgeneigt, das Budget in dieser Form zurückzuweisen.

Minister Achenbach bemerkt, daß der vom Vorredner gerteigte Fall, die Directorstellen der Hinterpommerschen Eisenbahn betreffend, nur durch eine eigenthümliche Complication der Umstände herbeigeführt worden sei, und daß er prinzipiell dem Hause jedesmal Gelegenheit geben werde, sich über dergleichen Fälle zu äußern.

v. Senfft-Pilsach freut sich über die Erklärung des Finanzministers, daß es der Regierung fern gelegen habe, die Rechte des Herrenhauses irgendwie angustaten, und beklagt dann die schlechte Finanzlage des Staates.

Der Commissionsantrag wird mit großer Majorität angenommen, ebenso die Resolution des Grafen zur Lippe.

Über die Petition des Magistrats und der Stadtverordneten zu Worms wegen Baues einer Staatsbahn von Kobbelbude über Worms nach Mlawka geht das Haus auf Antrag der Commission für Eisenbahnangelegenheiten zur Tagesordnung über.

Nächste Sitzung Sonnabend.

Janzig, 26. Januar.

Auch die gestrige Sitzung des Abgeordnetenhauses mußte noch dem Culturkampf gewidmet werden. Im Abgeordnetenhaus haben nun die Culturkampfdebatten für diesen Winter wohl ziemlich ihr Ende erreicht, nachdem sie einen breiteren Raum in Anspruch genommen, als jemals in einer früheren Session. Und wofür ist bei einer parlamentarischen Geschäftslage, welche die außerordentlichsten Schwierigkeiten bietet, die kostbare Zeit der Volksvertretung vergeudet worden? In keinem einzigen Falle ist es den Rednern des Centrums gelungen, den Cultusminister eines ungesehlichen, ja nicht einmal eines unnötig harten und strengen Verfahrens zu überführen. In keinem einzigen Falle ist es ihnen gelungen, für ihre Anträge und Forderungen die Zustimmung eines auch nur nennenswerten Bruchteils aus andern Parteien zu gewinnen; die wenigen gelegentlich abgesplitteten Stimmen von der äußersten Rechten und Linken kommen gegen die geschlossene Eintracht der Majorität des Abgeordnetenhauses in der kirchenpolitischen Frage nicht in Betracht. Es ist sonach unzweckhaft, daß die Stellung des

Cultusministers, soweit sie auf dem Einvernehmen mit der parlamentarischen Mehrheit beruht, durch die Angriffe des Centrums während dieser Session nur gestärkt worden, daß er, wie es schon vor einigen Monaten der Abg. Lasker hervorhob, der einzige feste Punkt in der inneren Krisis ist. Nach dieser Seite also ist der Feldzug des Centrums durchaus verunglückt. Aber auch nach der andern Seite, die wohl der Hauptzweck der ewigen Wiederholung des Wortgefechts ist, hinsichtlich der agitatorischen Wirkung im Lande, scheint der Erfolg der jüngsten parlamentarischen Verhandlungen ein sehr bescheidener zu sein. Von diesem Gesichtspunkte betrachtet, waren frühere Leistungen des Centrums entschieden gelungen. In der ewigen Wiederholung hundertmal erörterter und widerlegter Argumente wird deren Kraft und Wirkung matt, und die gegnerischen Parteien, einschließlich der Regierung, konnten diesmal im Allgemeinen eine größere Zurückhaltung beobachten, als in früheren Sessonen, ohne befürchten zu müssen, daß man im Lande die Motive dieser Zurückhaltung verkenne. Aus dem jüngsten ultramontanen Feldzuge im Abgeordnetenhaus hat der Widerstand im katholischen Volke sicherlich keine neue Nahrung gezogen. Das Vorgehen des Centrums hatte vorach keinen anderen Erfolg, als den, die parlamentarischen Zeitschwierigkeiten zu vergrößern, und es gehörte auf Seiten der Majorität die volle Achtung vor der parlamentarischen Redefreiheit und vor dem Rechte der Minorität, ihre Ansichten ausgiebig zur Geltung zu bringen, dazu, um die empfindliche Empfindlichkeit an Zeit und Kraft zu ertragen. Und trotzdem sind wir in ultramontanen Reden und Blättern dem Vorwurf begegnet, daß die parlamentarischen Rechte der Minorität terroristisch worden seien! Einer Widerlegung bedürfen solche Ausführungen wahrhaftig nicht angesichts des stenographischen Berichts, der Blatt für Blatt von dem freien Erguß des ultramontanen Redestroms zeugt. Man kann im Gegenteil in Zweifel sein, ob nicht wichtige Interessen durch die allzogroße Connivenz gegen das Centrum geschädigt worden sind. Wir befanden uns heute schwerlich in dieser parlamentarischen Drangsal, wenn nicht fortwährend der Culturkampf nutzlos und nutzlos an den Haaren herbeigezogen worden wäre. Die einzige Genugthuung dafür ist die Thatsfache, daß der Anprall diesmal matter und lächerlich als je zuvor gewesen ist.

Die Frage, wie die weiteren parlamentarischen Dispositionen zu treffen seien, wird in Abgeordnetenkreisen zur Zeit lebhaft erörtert. Bis zum Zusammentritt des Reichstags oder wenige Tage später kann das Abgeordnetenhaus ganz wohl das Ausführungsgesetz zur Gerichtsverfassung erledigt haben und es kann auch noch über das Gerichtsverfassungsgesetz eine Vereinbarung mit dem Herrenhause erzielt werden. Dagegen ist das letztere natürlich nicht mehr im Stande, bis dahin die Beratung des Ausführungsgesetzes, welches doch unter allen Umständen vor dem Sommer erledigt sein muss, auch nur zu beginnen. Der Reichstag hat, soweit man voraussehen kann, eine wichtige und lange Session vor sich: der Staat, die Steuerprojekte, die Gewerbe-Vorlagen, die Reichsverwaltung, die Gesetze von großen Reform- und Reorganisationsfragen ganz abgesehen, werden eine allermindestens dreimonatliche Arbeit in Anspruch nehmen. Vorhin war wurde der Raum für den Landtag nicht frei. Wollte man also den Landtag mit oder unmittelbar nach dem Zusammentritt des Reichstags in regelmäßiger Weise vertagen, so könnte erst Mitte Mai das Herrenhaus in die Beratung des Ausführungsgesetzes eintreten und die Erledigung desselben würde sich bis in den Hochsommer hineinziehen; überdies würde auf die Arbeiten des Reichstags ein störender Druck ausgeübt werden. Die Sache würde wesentlich dadurch vereinfacht, wenn der Landtag nicht formell vertagt würde, sondern das Abgeordnetenhaus nach dem 6. Februar einfach bis auf Weiteres seine Sitzungen ruhen ließe. Das Herrenhaus, dessen Mitglieder ja nicht in dem Maße, wie die des Abgeordnetenhauses, am Reichstag beteiligt sind, könnte alsdann das Ausführungsgesetz während der Reichstagsession beraten, und nach Beendigung dieser Arbeit könnte zur Ausgleichung etwaiger Differenzen das Abgeordnetenhaus wieder zu einigen Sitzungen zusammenentreten. Diese Arbeit würde voraussichtlich nur wenige Tage in Anspruch nehmen, die der Reichstag leicht aussetzen könnte. Auf solche Weise würde eine Nachsession vermieden. Diese Disposition wird lebhafit besprochen und findet viel Beifall.

Der erste Versuch der vielbesprochenen Reorganisation der obersten Reichsbehörden ist gestern, in einem Gefechtgemütsformulirt, dem Bundesrat zugegangen. Wir brachten bereits in letzter Nummer ein bezügliches Telegramm, und unser Correspondent ist heute bereits im Stande (siehe unten), den Inhalt des bezüglichen Gesetzentwurfes mitzuteilen. Auch von particularistischer Seite wird man nicht viel dagegen einwenden können. Die Einrichtung einer vollen Stellvertretung des Reichskanzlers ist notwendig. Die betreffenden Verfassungsbestimmungen, wie sie heute liegen, treffen weder für den Fall einer ernstlichen Erkrankung noch für denjenigen eines plötzlichen Ablebens des Reichskanzlers Vorbild. Die Anordnungen und Verfassungen des Kaisers bedürfen zu ihrer Gültigkeit der Gegenzeichnung des Reichskanzlers. Wer aber soll in den genannten Fällen die Gegenzeichnung vornehmen? Bisher hat bekanntlich Fürst Bismarck die Contra-signatur auch während seines Urlaubs beibehalten. Aber Jedermann erkennt, daß eine vollständige Enthaltung von den Geschäften, wie sie doch notwendig werden kann, bei solcher Einrichtung nicht möglich ist. Andererseits liegt auf der Hand, daß die verfassungsmäßige Verantwortlichkeit, welche durch die Contra-signatur eines im Urlaub befindlichen Kanzlers übernommen wird, mehr oder weniger eine bloß formale sein kann. Das Bedürfnis der Bestellung eines Stellvertreters mit dem Rechte der Gegenzeichnung kann demnach gewiß nicht bestritten werden. Ebenso klar ist aber auch, daß eine derartige Neuerung an dem Verhältnis der verschiedenen Gewalten im Reich zu einander schlechterdings nichts ändern würde.

Die "Brem. Blg." hat in Form eines Telegramms die sonderbare Nachricht gebracht, die Regie-

gierung beabsichtige, dem nächsten Reichstage eine Vorlage wegen Beschränkung des allgemeinen Wahlrechts zu machen. Eine deswegen etwa erforderliche Verfassungsbänderung glaubt man durch eine Verfassungsbänderung umgehen zu können. v. Bemmelen und die anderen Führer der Nationalliberalen seien mit der geplanten Vorlage bereits einverstanden. Die "N. A. B." erkannte sogleich, daß sich aus dieser Notiz Kapital gegen die Nationalliberalen schlagen lasse, und stieß sie daher auf. Die nationalliberale Partei hat seit langer Zeit gar nicht Veranlassung gehabt, sich mit der Frage des allgemeinen Wahlrechts zu beschäftigen; die Führer der Partei wissen von bezüglichen Absichten der Regierung nichts, haben also nicht Gelegenheit gehabt, dazu Stellung zu nehmen. Von offiziöser Seite endlich schreibt man uns: "Die Nachricht ist gänzlich aus der Lust gegriffen. Es ist tatsächlich nicht das geringste Moment zu finden, welches diesem Gerüchte einen Anhalt bieten könnte."

Deutschland.

© Berlin, 25. Jan. Auf der Tagesordnung der heutigen Plenarsitzung des Bundesrates stehen folgende Gegenstände: 1) Vorlage über das dem Reich gehörige Grundstück in der Voßstraße zu Berlin, 2) Vorlage über die Lage des Gotthard-Bahn-Unternehmens, 3) eine Übersicht über den Stand der französischen Kriegsflottenschädigung, 4) Nachweisung der den deutschen Bundesstaaten überwiesenen Reichsmünzen; außer diesen Vorlagen 5) noch eine Mitteilung, betreffend die Verifikation der Arbeiten im Gotthard-Tunnel und endlich 6) der mündliche Bericht des betreffenden Ausschusses über den Antrag wegen Abschlusses eines Abschieferungs-Vertrages mit Spanien. Noch in der letzten Stunde lief ferner eine Vorlage, betreffend die verfassungsmäßige Regelung der Stellung des Reichskanzlers, ein. Es kommen dabei die Artikel 15 und 17 der Verfassung in Betracht. Nach dem Erstern steht dem Reichskanzler der Vorstoss im Bundesrat und die Leitung der Geschäfte desselben zu, und er kann sich durch jedes andere Mitglied des Bundesrats verfügen. —

Die "W. B." hat neulich gemeldet, daß die Admiraalität beabsichtigt habe, die Corvetten "Bismarck" und "Blücher" zu Schulschiffen für die Cadetten einzurichten. Als solche sind aber bereits ausseren die Corvetten "Sedan," "Leipzig," "Vimeta" und "Hertha." Die "Sedan" soll dazu im kommenden Herbst in Dienst gestellt werden. Zu Schiffsjungen-Uebungsschiffen sind bestimmt die Corvetten "Nymphe" und "Medusa" und die Brigg "Mosquito," "Noyer" und "Undine". Für dieses Jahr reichen die Corvetten "Nymphe" und zwei Brigg aus. Es ist unrichtig, daß die Admiraalität bestrebe, die Schulschiffe zu vermehren. Den Bemühungen der im Inland gebauten Schiffe gegenüber ist zu bemerken, daß sie sämmtlich falsch sind. Diese Schiffe stehen sämmtlich auf derselben Stufe, auf welder die Schiffe gleicher Klasse anderer Länder stehen. Sie sind gebaut nach den bewährtesten Mustern.

— Die "W. B." hat neulich gemeldet, daß die Admiraalität beabsichtigt habe, die Corvetten "Bismarck" und "Blücher" zu Schulschiffen für die Cadetten einzurichten. Als solche sind aber bereits ausseren die Corvetten "Sedan," "Leipzig," "Vimeta" und "Hertha." Die "Sedan" soll dazu im kommenden Herbst in Dienst gestellt werden. Zu Schiffsjungen-Uebungsschiffen sind bestimmt die Corvetten "Nymphe" und "Medusa" und die Brigg "Mosquito," "Noyer" und "Undine". Für dieses Jahr reichen die Corvetten "Nymphe" und zwei Brigg aus. Es ist unrichtig, daß die Admiraalität bestrebe, die Schulschiffe zu vermehren. Den Bemühungen der im Inland gebauten Schiffe gegenüber ist zu bemerken, daß sie sämmtlich falsch sind. Diese Schiffe stehen sämmtlich auf derselben Stufe, auf welder die Schiffe gleicher Klasse anderer Länder stehen. Sie sind gebaut nach den bewährtesten Mustern.

— Von der Amtsstrafe der Richter, welche die Justizcommission des Abgeordnetenhauses beschlossen, glaubt man, daß sie im Plenum nicht die Majorität finden wird. (Wir wollen es hoffen!) Der Antrag ging, wie früher erwähnt von hannoverscher Seite vom Abg. Köhler-Göttingen aus und wurde von den rheinischen Mitgliedern unterstützt. Am Lebhaftesten belästigten ihn die Herren Lasker und Löwenstein, während von den aländischen Juristen einer, der Rechtsanwalt Hornik, für den Antrag sprach. Ihm schlossen sich bei der Abstimmung noch mehrere Mitglieder aus den Ostprovinzen, wie der Abg. Krech an, so daß die Majorität erzielt wurde.

Karlsruhe, 25. Januar. Die zweite Kammer hat den von den Clericalen gestellten Antrag auf Nachzahlung resp. Wiederauszahlung der im Jahre 1875 gestrichenen erbischöflichen Dotiration und ebenso auch den Antrag der Clericalen auf Änderung des Gesetzes über Bildung der Geistlichen abgelehnt. Seitens der Regierung wurde bezüglich dieses Gesetzes erklärt, daß diese werde nicht eher geändert werden, als bis die Curie das Verbot der Staatsprüfung oder die Dispensnachsuchung zurücknehme. Der Abg. Hans Jacob, welcher katholischer Priester ist und der clericalen Fraction angehört, äußerte sich dahin, daß die Curie im Interesse des kirchlichen Friedens, im Interesse des Clerus und im Interesse des katholischen Volkes nachgeben müsse. Diese Erklärung des Abg. Hans Jacob erregte große Sensation. Präident Kiefer kündigte an, daß er die Ausschließung der katholischen Priester von der bairischen Volksvertretung beantragen werde, falls dem Abg. Hans Jacob wegen seines heutigen Auftretens auch nur ein Haar gekrümmt werden sollte. (W. B.)

München, 25. Januar. Die zweite Kammer beriet heute über den Etat des Ministers des Innern. Bei der Generaldiscussion kam der Abg. Jörg auf die s. B. erfolgte Beantwortung der Interpellation Schels über die Wahlgesetfreiformen zurück, erinnerte daran, daß die im Landtagsschluß von 1870 gemachte Zugabe von der Regierung nicht erfüllt worden sei und behauptete, daß die Regierung ein Interess daran habe, den jetzigen willkürlichen Zustand fortzuführen zu lassen. Minister v. Preußen wies diese Behauptung unter Hervorhebung der Umstände zurück, an denen ohne Schuld der Regierung die Wahlgesetfreiforme geheißen sei. Zugleich die Debatten führen dann noch die Klagen der Abgeordneten Seitz, Schels und Rittler über den Schutz, der dem Freimaurerwesen genährt werde, denen der Minister ebenfalls entgegen trat. Bei der Spezialdiskussion wurde der Dispositionsfonds des Ministers des Innern

Katholische Gemeinde.
Sonntag, den 27. Januar, Vormittag 10 Uhr
im Gewerbehause, Predigt Dr. Prediger
Rödner.

Heute früh wurde uns ein kräftiger Junge
geboren. (3983)

H. Lembke und Frau
geb. Jeczwesky.

Heute Vormittag wurden wir durch die
Geburt eines gesunden Knaben erfreut.
Dr. Stargard, den 25. Januar 1878.

C. Freytschmidt und Frau
geb. Schlüter.

Als Verlobte empfehlen sich:

Bertha Klabs,

Gustav Klein,

Feldwebel der 10. Compagnie 3. Ostpreuß.

Grenadier-Regiment No. 4.

Danziger

Privat-Aktion-Bank.

Die Bank nimmt Gelder zur Verzinsung
unter folgenden Bedingungen an:

1) mit dem Vorbehalt einer zweimonatlichen Kündigung auf Conto La. D.

zu 3 Prozent,

2) mit einer festen dreimonatlichen Kün-

digung auf Conto La. G. zu 1 Pro-

zent unter dem jetzmaligen Bank-

Disconto, jedoch höchstens 5 Prozent,
mindestens 3/10 Prozent.

3961) Die Direction.

Für Ohrenfräuse

bin ich tägl. von 9—11 Uhr zu sprechen

Dr. Fewson.

Stenographie.

Unterzeichneter ertheilt nach wie vor
Unterricht in der Stolze'schen Steno-
graphie, sowohl an Einzelne, wie in ge-
schlossenen Kreisen, und nimmt Anmeldeungen
herzu, mündlich oder schriftlich, jeder Zeit
entgegen.

Eduard Döring,

Vorsitzender des stenogr. Kränzchens à Danzig,
Langeführ No. 24a. (3754)

Unterricht.

Gründlichen, leicht fühllichen Unterricht
im Nachnehmen und Zuschneiden säm-
licher Damen- und Kindergarderobe (System
Director Lemm, Dresden) ertheilt in 4-
bis 6 wöchentlichen Cursen

M. Radde, Damenschneiderin,

3858) Petersiliengasse 15 II.

Bei Privateirkeln Preiserhöhung.

Italienischer,
Englischer und Französischer

Unterricht

wird ertheilt

Melzergasse 5, 3. Etage.

Innowaclawer Pferde-Lotterie.ziehung
am 17. April cr., Lose à 3 Mark bei

Herm. Lau, Langgasse 74.

Gerächerte Landschäden

offerirt billigst

E. r. Sontowski, Danzig, Haustor 5.

Ein Repository nebst

Tombau,

zum Colonial-Waren-Geschäft, ist billig zu
verkaufen Haustor No. 5. (3999)

Prima Holländische Voll-

Heringe

in 1/2 Do. Original-Packung offerirt billigst

Friedr. Garbe, Ankertsmiede-

gasse 24.

Eine Partie große schwere Hasen,

Haselhühner, Birkhühner, Hasa-

nen, Kapuzinen, Räucherlachs,

seltene Puten, lebende Hummer

empfing und empfiehlt

Die Wild- u. Delicaten-Handlung v.

C. M. Martin.

Vanille

wieder in guter Qualität angekommen

und offeriret selbige billigst. (7126)

Albert Neumann.

300 Ctr. Polsterheede

feinst r. Qualität, offerirt franco Bahn und

Haus, zum Preis von R. 6 per Ctr.

Eugen v. Knobelsdorff.

Bauholzer

von 4½ und 9 sowie 5 und 10 Zoll stark,

10 bis 26 Fuß lang, sowie auch geschnitten

Kreuzholzer sind vorrätig und billig zu

haben bei J. C. Sulewski,

Feldweg 1. (3910)

Frische Rübuchen

sind billigst zu haben bei

Gebrüder Behrendt

3965) in Dirschau.

Nordtheilhafte Kauf.

Das in dem kath. Kirchdorf Seefeld

unter B. III, Bl. 50 des Hypothekenbuches

belegene Grundstück, bestehend aus einem an-

sehnlichen Wohnhause, großem Gastrakt,

Gartenland etc. in gutem baulichen Zustande,

in welchem seit vielen Jahren ein sehr leb-

haftes Manufaktur- und Materialwaren-

Geschäft, verbunden mit Gastwirtschaft unter

der Firma C. Bartels betrieben wurde,

wird a. 7. Febr. 1878 in Carthaus i. Gerichts-

gebäude, Zimmer I, im Termine um 11 Uhr

gerichtlich verkauft, worauf Kaufliebhaber

hiermit aufmerksam gemacht werden. Der

lebhafte Verkehr in Seefeld, hervorgebracht

durch zwei, es berührende Kaufmänner und

den östler dort stattfindenden Ablauf, sichern

jedem geschäftlichen Unternehmer in gedachten

Grundstück ein lohnendes Bestehen.

10 722 u. 10 773

faust zurück die Expedition dieser Btg.

Tapeten- und Teppich-Auction

Langenmarkt No. 20, parterre.

Montag, den 28. Januar cr., Schluss der Auction.

A. Collet, Auctionator.

Geschäfts-Verlegung.

Mit heutigem Tage verlege mein Photographisches Atelier nach der Breitgasse No. 81, parterre.

Ich empfehle mich dem geehrten Publikum zu Aufnahmen jeder Art in künstlerischer Ausführung zu soliden Preisen. Copien nach den schlechtesten Originale werden mit Sachkenntnis ausgeführt.

Achtungsvoll
Robert Grosse,
Photograph, Breitgasse 81, parterre.

3995)

Befanntmachung.

Die Alt-Pilsner Brauerei in Alt-Pilsen (Böhmen), deren Biere sich einer so großen Beliebtheit erfreuen und auch auf den Ausstellungen in Wien und in Prag ausgezeichnet wurden, hat sich entschlossen, in Elbing ein Depot zu errichten, wie sie solche schon vielfach im In- und Auslande besitzt.

Für Ost- und Westpreußen wurde die Firma

S. Ochs in Elbing

mit dem Depot und Alleinverkauf betraut und werden die pp. Restaurants und Hoteliers eracht, sich bei Bedarf gefälligst an genannte Firma wenden zu wollen.

Für die Alt-Pilsner Brauerei:

Jakoby.

Auf obige Bekanntmachung Bezug nehmend, offerire einem hiesigen und auswärtigen geehrten Publikum feinstes Pilsner Bier in Original-Gebinden u. Flaschen bei prompter Bedienung.

(3887)

S. Ochs.

Festes Lagerbier

empfiehlt die Bergschlößchen-Brauerei Braunsberg in Original-Gebinden und

Flaschen in der alleinigen Niederlage bei

Robert Krüger, Hundegasse 34.

(3896)

Auction Hopfengasse No. 97

(Speicherinsel).

Dienstag, den 29. Januar 1878, Vormittags 10 Uhr, werde ich am angeführten Orte im Auftrage und für Rechnung der Q. Klawitter'schen

Concoursmasse:

600 Rollen Dachpappe Prima Qualität

an den Meistbietenden öffentlich gegen baare Zahlung versteigern.

Joh. Jac. Wagner Sohn, Auctionator.

Bureau: Danzig, Hundegasse No. 111. (3811)

3960)

Auction zu Langeführ

auf dem Viehhofe des Herrn Schwarz.

Dienstag, den 29. Januar 1878, Nachmittags 2 Uhr, werde ich am angeführten Orte im Auftrage ein dort hingeholtes lebendes und todes Inventarium wegen Aufgabe der Wirthschaft an den Meistbietenden verkaufen:

12 gute Arbeitspferde, darunter 4 eleg. Wagenpferde, 6 Kühe, darunter hochtrag.

1 neuer Pferdethon, 1 H. Spazierwagen, 1 Korbwagen, 2 Kastenwagen, einer 1-

und einer 2spännig zu fahren, 1 Kastenwagen mit Wiegestell, 1 Leiterwagen,

1 russische Schlitzen, 1 Spazier-Schlitten, 3 Unterschlitten, 2 Blöße, mehrere

Braden und Deichseln, 4 Fleischblöcke, 8 Paar gute Geschirre, darunter Spazier-

geschirre, 1 Reitzeug etc.;

an Möbeln: div. Spinde, Stühle, Tische, mehrere Kleidungsstücke und Hausgeräthe;

schließlich 10 Scheffel guten Roggen.

Fremde Gegenstände können zum Mitverkauf eingebrochen werden.

Den mir bekannten sicher Kaufmännern gewähre ich einen monatlichen Credit, Unbe-

kannte zahlen sofort.

Joh. Jac. Wagner Sohn, Auctionator, Bureau: Hundegasse No. 111.

VAUXHALL

Langgarten 31 (früher Solonko.)

Sonntag, den 27. Januar:

Grand Ball.

Montag, den 28. Januar:

Cavalier-Ball.

Ausang 9 Uhr. Entree: Herren 1 M. Damen 50 S.

Ein feines

Pu h g e s h ä f t

mit vollständiger Einrichtung ist frankenthaler sofort oder zum 1. April

zu verkaufen. Adressen werden unter 3739 in der Exp. d. Btg. erbeten.

J. C. Sulewski,

Feldweg 1.

(3910)

Ein Mühlengrundstück

an der Eisenbahn mit 2 Mahlgängen,

jährlicher Umlad 100 Last Getreide, berr-

schäflichem Wohnhause, 5 kleinere Häuser

mit 14 Wohnungen, großem Mergellager,

40 Morgen Wiesen, 60 Morgen Ackerland,

großem Mühlenteich worin Karpfen, Lachs-

forellen etc. ist mit lebendem und todem

Inventory für den sehr billigen Preis von

</div

Beilage zu No. 10774 der Danziger Zeitung.

Danzig, 26. Januar 1878

Danzig, 26. Januar.

* Beim Ausheben der Erde zum Fundament für die neue Husaren-Kaserne in der Sammtgasse ist von den Arbeitern ein Kasten, enthaltend ein vollständiges Pferde-Skelett mit 5 Hufen gefunden worden; natürlich wurde dieser Fund gleich zu Gelde gemacht. Man nimmt an, daß sich jetzt unter den Arbeitern ein sehr reger Weitseifer entwickeln werde, da dieselben hoffen, noch mehrere derartige Funde zu machen, wodurch der Unternehmer des Hauses einige Vortheil erzielen dürfte. Uebrigens hören wir noch, daß man bei diesen Arbeitern auch auf die Fundamentmauern des vor einigen 60 Jahren in die Luft geslogenen Danziger Pulverturmes gestoßen ist.

* Ueber die in dem „Zuschriften“-Theil d. Zeitung gegebene Auseinandersetzung zur Begründung eines Fettviehmarktes in Danzig schreibt das Organ des Centralvereins westpreußischer Landwirthe, die „Westpr. landw. Mitth.“, in der heute erschienenen Nr.: „Der in Nr. 10745 der „Danz. Ztg.“ angeregte Gedanke, einen stehenden Fettviehmarkt in Danzig zu errichten, verbient alle Beachtung; vielleicht empfiehlt es sich aber vorher, sowohl um den Umfang des Bedürfnisses zu sondiren, als auch um festzustellen, ob sich Unternehmwer finden möchten, welche den Export nach England sich zur Aufgabe machen, in ähnlicher Weise vorzugehen, wie der landwirtschaftl. Verein in Kulm, also zunächst unternehmungslustigen Händlern, in vielleicht an der Danziger Börse auszulegenden Tabellen mitzutheilen, welche Landwirthe gemüstetes Vieh abgeuntheben haben. Es ist dies immerhin ein Übergangsstadium und dürfte, falls es sich zeigt, daß der Export nach England möglich ist, und daß und welche Vortheile die Landwirthe davon haben, was bis jetzt trotz der Darstellung in der Danziger Zeitung durchaus nicht der Fall ist, — für die Ausführung des Projektes eines stehenden Fettviehmarktes in Danzig bahnbrechend wirken.“

Vermischtes.

* Nach einer Zusammenstellung des Bureau Veritas sind im Monat November v. J. 190 Segelschiffe und 16 Dampfer zu Grunde gegangen. An dem Verlust der Segelschiffe ist England mit 77, Deutschland mit 21, Amerika mit 20, Frankreich und Norwegen mit je 14, Holland und Portugal mit je 7, Schweden mit 6, Dänemark und Italien mit je 5, Österreich mit 3, die Argentinische Republik, Belgien und Rückland mit je 1 Schiff beteiligt, von 8 Seglern ist die Nationalität unbekannt geblieben. Von den verloren gegangenen Dampfern kommen auf England 10, auf Deutschland 2, auf Amerika, Italien, Norwegen und Spanien je 1 Dampfer.

Gnesen, 24. Jan. Der Vicar Franz Gavlowicz, auf den die Polizei schon seit einiger Zeit sahnte, war Ende voriger Woche zu dem Begräbnis seines hier verstorbenen Vaters nach Gnesen gekommen. Die Polizei ließ ihn bis zum Begräbnisse und bei demselben ganz unbehelligt, als er dann aber am Sonntag Abend die Wohnung seines verstorbenen Vaters, in der er noch einige Zeit geweilt hatte, verlassen wollte, wurde

er durch einen Polizeibeamten verhaftet. Eine Drosche sollte ihn nach dem Gerichtsgefängnisse bringen. In wenigen Augenblicken hatte sich jedoch eine große Menschenmenge angesammelt, welche unter lautem Loben die Arrestierung zu hindern und die Pferde vor der Drosche auszuspänen suchte. Da die Polizeibeamten dieselbe nicht mehr zu zügeln vermochten, wurde ein Detachement Militär requirierte, daß nur mit Kolbenstößen die Menge auseinander trieb und den Wagen mit dem Arrestanten bis zum Gefängnisse begleitete.

Meteorologische Depesche vom 25. Januar.

3 Uhr Morgens.

	Barometer.	Wind.	Wetter.	Temp. C. Dem.
Aberdeen . .	743,4	NW	mäßig	— 3,3 ¹⁾
Copenague . .	736,1	W	leicht	Rebel 0,0
Stockholm . .	736,2	SD	leicht	Schnee 0,4
Havanna . .	749,7	ND	leicht	heiter — 19,4
Petersburg . .	754,8	D	leicht	Schnee — 9,8
Osman . .	750,3	S	still	bed. — 7,4
Tori . .	756,1	NNW	steif	Regen 3,9 ²⁾
Brest . .	755,5	N	stark	Rebel 7,0
Heilbr . .	742,9	WSW	still	b. bed. 2,8
Gylt . .	738,9	NW	mäßig	b. bed. 0,7 ³⁾
Hamburg . .	741,0	W	leicht	wollig 0,6
Swinemünde . .	738,9	SSW	mäßig	bed. 1,2 ⁴⁾
Neufahrwasser . .	739,1	SS	schwach	bed. 0,6 ⁵⁾
Memel . .	739,9	SSD	mäßig	bed. — 0,1 ⁶⁾
Paris . .	749,7	W	schwach	bed. 2,9
Grefeld . .	745,0	WSW	frisch	bed. 0,8
Karlsruhe . .	747,6	SW	leicht	bed. 0,6
Wiesbaden . .	746,2	SW	schwach	bed. 0,3
Cassel . .	745,1	W	leicht	bed. 0,4
München . .	747,5	W	mäßig	Schnee — 1,0
Leipzig . .	744,5	SW	schwach	bed. — 0,6
Berlin . .	741,8	SW	mäßig	bed. 1,8
Wien . .	745,8	W	still	b. bed. — 0,2
Dresden . .	743,8	SSW	leicht	heiter — 0,5

1) See ruhig. 2) See unruhig. 3) Nachtfrost.
4) See ruhig. 5) Nachts etwas Schnee. 6) See unruhig.

Der tiefste Luftdruck liegt fortwährend im mittleren Skandinavien, in ganz Nordeuropa ist das Barometer gestiegen, im Süden stark gefallen, in Deutschland sind die Winde abgestaut, über den britischen Inseln herrscht allgemein frischer bis steifer Nordwestwind, rheinweise mit Schneefall und leichtem Frost. Auch in Deutschland ist gestern und Nachts vielfach Schnee gefallen.

Deutsche Seewarte.

Förzen-Depeschen der Danziger Zeitung.

Bremen, 25. Jan. (Schlußbericht.) Petroleum ruhig. Standard white loco 11,15, Febr. 11,15, März 11,20, September 12,40.

Frankfurt a. M. 25. Jan. Effecten-Societät. Creditactien 194 $\frac{1}{4}$, 1860er Loope 107 $\frac{1}{2}$, Franzosen

219, Galizier 210 $\frac{1}{4}$, Goldrente 64%, neueste Russen 82 $\frac{1}{2}$. Steigend.

Amsterdam, 25. Januar. [Getreidemarkt.] (Schlußbericht.) Weizen auf Termine unverändert, März 316. — Roggen loco unveränd., auf Termine steiler, März 178, Mai 183. — Raps März 181. — Kartoffel loco 42 $\frac{1}{4}$, Mai 41 $\frac{1}{2}$, Herbst 40%.

Wetter: Schnee.

Wien, 25. Jan. (Schlußcourse.) Papierrente 63,30,

Silberrente 66,70, Österreichische Goldrente 74,40, Ungarische Goldrente 92,20, 1854er Loope 108,00, 1860er Loope 114,50, 1864er Loope 136,70, Creditactien 160,50, Franzosen 252,75, Lombard. Eisenbahn 77,25, Galizier 243,50, Kaschau-Oderberg 103,00, Paribus —, Novemb. weiss 108,25, Elisabethbahn 161,25, Nordbahn 1975,00, Nationalbank 811,00, Türkische Loope 13,40, Unionenb. 65,00, Anglo-Austria 95,80, Deutsche Bläze 58,70, Londoner do. 119,90, Pariser do. 47,70, Amsterdamer do. 98,75, Napoleon 9,55 $\frac{1}{2}$, Dukaten 5,65, Silbercoupons 104,00, Marknoten 59,15.

London, 25. Januar. Bankausweis. Totalreserve 12 617 000, Notenumlauf 27 089 000, Baarvorrath 24 715 000, Portefeuille 17 653 000, Guth. der Priv. 26 110 000, Guth. des Staates 3 706 000, Notenreserve 11 660 000, Regierungssicherheit 17 653 000, Pfds. St.

Liverpool, 25. Januar. [Getreidemarkt.] Weizen 1 d. theurer, Mehl fest, Mais stetig. — Wetter: Frost.

Paris, 25. Jan. (Schlußbericht.) 3 Pf. Rente 73,22 $\frac{1}{2}$, Aleide by 1872 109,50, Italiensche 5 Pf. Rente 73,05, Österreich. Goldrente 64%, Ungarische Goldrente —, Franzosen 538,75, Lombardische Eisenbahn-Actien 168,75, Lombard. Prioritäten 236,00, Türken de 1865 9,45, Türken de 1869 44,60, Türkenloot 28,40 Credit mobilier 162, Spanier exter. 12,4%, do. inter. 11 $\frac{1}{2}$, Suezcanal-Actien 771, Banque ottomane 368, Société générale 467, Credit foncier 637, neue Egypter 158, Wechsel auf London 25,16 $\frac{1}{2}$.

Paris, 25. Januar. Productenmarkt. Weizen fest, März 1 1000 Kilo 1000 Kilo 1000 Kilo 120/48 202,25, 1262 203,50, 120,000 Kilo 126,50 A. bez. Kuhner 117 $\frac{1}{2}$ 109,50 A. bez. rother 123 $\frac{1}{2}$ 183,20, 126/7 193, 127/8 200, russ. 118/48 160, 123 $\frac{1}{2}$ 183,50, 125/8 185,75, 130 $\frac{1}{2}$ 190,50 A. bez. — Roggen März 1000 Kilo inländischer 117 $\frac{1}{2}$ 121,25, 120 $\frac{1}{2}$ 127,50, 120/18 128,75, 122 $\frac{1}{2}$ 130, 123 $\frac{1}{2}$ 133,75, 128/48 133,75, 125/68 137,50, 126 $\frac{1}{2}$ 138,75, 126/18 140 A. bez. fremder 121 $\frac{1}{2}$ 127,50 A. bez., Januar 125 $\frac{1}{2}$ A. Br., 124 A. Gd., Frühjahr 134 $\frac{1}{2}$ A. Br., 132 $\frac{1}{2}$ A. Gd. — Gerste März 1000 Kilo groß 121,25, 128,50, 131,25, 137 A. bez. — Hafer März 1000 Kilo loco 114, 116 A. bez. — Erbsen März 1000 Kilo weiße 122,25, 124,25, 126,50 A. bez. grüne 106,50 A. bez. — Wicken März 1000 Kilo 108,75 A. bez. — Rüben März 1000 Kilo Dotter 216,50 A. bez. — Thymothenum März 50 Kilo 17 A. bez. — Spiritus 10 1000 Liter st. ohne Gas in Botteln von 5000 Liter und darüber loco 48 $\frac{1}{2}$ A. bez. Jan. 49 $\frac{1}{2}$ A. Br., 48 $\frac{1}{2}$ A. Gd., Febr. 49 $\frac{1}{2}$ A. Br., 49 $\frac{1}{2}$ A. Gd., März 51 A. Br., 50 $\frac{1}{2}$ A. Gd., Frühjahr 51 $\frac{1}{2}$ A. Br., 51 $\frac{1}{2}$ A. Gd., Mai-Juni 52 A. Br., 51 $\frac{1}{2}$ A. Gd., Juni 53 A. Br., 52 $\frac{1}{2}$ A. Gd., Juli 54 A. Br., 53 $\frac{1}{2}$ A. Gd., August 54 $\frac{1}{2}$ A. Br., 54 A. Gd. Kurze Lieferung 48 $\frac{1}{2}$ A. bez.

Paris, 25. Januar. Produktenmarkt. Weizen fest, März 31,50, Febr. 31,50, März 31,75, März-Juni 31,75, Mehl fest, März Januar 70,00, Februar 69,00, März-April 68,50, März-Juni 68,75, Rübbel fest, März Januar 98,75, Februar 98,25, März-April 97,50, Mai-August 95,25. — Spiritus fest, Januar 57,75, Mai-August 58,75. Wetter: Regen.

Unterweser, 25. Jan. Getreidemarkt (Schlußbericht). Weizen behpt. Roggen unverändert. Hafer matt. Gerste ruhig. — Petroleummarkt (Schlußbericht). Kaffnirtes, Type weiß, loco 28 bez. und Br., März 27 $\frac{1}{2}$ bez., 28 Br., Februar 28 Br., März 28 Br., September 31 Br. Matt.

Petersburg, 25. Januar. (Schlußcourse.) Londoner Wechsel 3 Monat 25%. Hamburger Wechsel 3 Monat 214 $\frac{1}{2}$. Amsterdamer Wechsel 3 Monat 127 $\frac{1}{2}$. Pariser Wechsel 3 Monat 262 $\frac{1}{4}$. 1864er Prämien-

Anleihe (gestpl.) 230, 1866er Prämien-Anl. (gestpl.) 229 $\frac{1}{2}$. 1½ Imperial 7,88. Große russische Eisenbahn 219. Russische Bodencredit-Pfandbriefe 111 $\frac{1}{2}$. Russen bez. 1873 121 $\frac{1}{2}$. Privatdebtcont 4 $\frac{1}{2}$ A.

Petersburg, 25. Januar. Productenmarkt. Lalg loco 58,50. Weizen loco 14,00. Roggen loco 9,00. Hafer loco 5,00. Hanf loco 42,00. Leinsaat (9蒲) loco 16,00. — Wetter: Frost.

New York, 24. Jan. (Schlußwurze.) Wechsel auf London in Gold 4 D. 81 $\frac{1}{2}$ C., Goldeburg 1 $\frac{1}{2}$, 5/10 Bonds 5/2 fumb. 106 $\frac{1}{2}$, 5/10 Bonds März 1887 105 $\frac{1}{2}$. Griechen 9%. Central Pacific 104 $\frac{1}{2}$. New York Centralbahn 106. — Waarenbericht. Baumwolle in New York 11%, do. in New-Orleans 10%. Petroleum in New York 12 $\frac{1}{2}$ %, do. in Philadelphia 11 $\frac{1}{2}$. Mehl 5 D. 10 C. Rother Winterweizen 1 D. 37 C. Mais (obwirreb) 61 C. Zucker (fair refining Muscovado) 7 $\frac{1}{2}$. Kaffee (Rio) 17. Schmalz (Marke Wilcox) 8 $\frac{1}{2}$. Speck (short clair) 6 $\frac{1}{2}$ C. Getreidefracht 5 $\frac{1}{2}$.

Productenmärkte.

Königsberg, 25. Januar. (v. Portating & Sonn.) Weizen März 1000 Kilo 1000 Kilo 1000 Kilo 120/48 202,25, 1262 203,50, 120,000 Kilo 126,50 A. bez. Kuhner 117 $\frac{1}{2}$ 109,50 A. bez. rother 123 $\frac{1}{2}$ 183,20, 126/7 193, 127/8 200, russ. 118/48 160, 123 $\frac{1}{2}$ 183,50, 125/8 185,75, 130 $\frac{1}{2}$ 190,50 A. bez. — Roggen März 1000 Kilo inländischer 117 $\frac{1}{2}$ 121,25, 120 $\frac{1}{2}$ 127,50, 120/18 128,75, 122 $\frac{1}{2}$ 130, 123 $\frac{1}{2}$ 133,75, 128/48 133,75, 125/68 137,50, 126 $\frac{1}{2}$ 138,75, 126/18 140 A. bez. fremder 121 $\frac{1}{2}$ 127,50 A. bez., Januar 125 $\frac{1}{2}$ A. Br., 124 A. Gd., Frühjahr 134 $\frac{1}{2}$ A. Br., 132 $\frac{1}{2}$ A. Gd. — Gerste März 1000 Kilo groß 121,25, 128,50, 131,25, 137 A. bez. — Hafer März 1000 Kilo loco 114, 116 A. bez. — Erbsen März 1000 Kilo weiße 122,25, 124,25, 126,50 A. bez. grüne 106,50 A. bez. — Wicken März 1000 Kilo 108,75 A. bez. — Rüben März 1000 Kilo Dotter 216,50 A. bez. — Thymothenum März 50 Kilo 17 A. bez. — Spiritus 10 1000 Liter st. ohne Gas in Botteln von 5000 Liter und darüber loco 48 $\frac{1}{2}$ A. bez. Jan. 49 $\frac{1}{2}$ A. Br., 48 $\frac{1}{2}$ A. Gd., Febr. 49 $\frac{1}{2}$ A. Br., 49 $\frac{1}{2}$ A. Gd., März 51 A. Br., 50 $\frac{1}{2}$ A. Gd., Frühjahr 51 $\frac{1}{2}$ A. Br., 51 $\frac{1}{2}$ A. Gd., Mai-Juni 52 A. Br., 51 $\frac{1}{2}$ A. Gd., Juni 53 A. Br., 52 $\frac{1}{2}$ A. Gd., Juli 54 A. Br., 53 $\frac{1}{2}$ A. Gd., August 54 $\frac{1}{2}$ A. Br., 54 A. Gd. Kurze Lieferung 48 $\frac{1}{2}$ A. bez.

Stettin, 25. Jan. Weizen März Frühjahr 208,50, Mai-Juni 209,50 A. — Roggen März Frühjahr 140,00 A. — Hafer März 140,00 A. — Mais März 140,00 A. — Rüben 100 Kilogr. März Januar 72,00 A. — April-Mai 72,00 A. — Spiritus loco 47,10 A. — Januar 47,10 A. — April-Mai 49,20 A. — Petroleum März Januar 12,30 A.

Berlin, 25. Januar. (Originalbericht v. E. Faltin.) Die in der That beruhigend lantenden englischen Depeschen von gestern Abend blieben nicht ohne Rückwirkung auf unsere Getreidebörsen und so fest es darauf hin hier war, so flau gestaltete sich der Verkehr drüber an der Fondsbörse. Erst gegen Schluss, als friedlichere Nachrichten eintrafen, wurde die Stimmung beruhigter

and schlossen Course denn auch abgeschwächt, allerdings immer noch höher, als gestern. Von Geschäft war unter solchen Umständen wenig die Rede und sind Course für Getreide rein nominell zu betrachten. Weizen loco behauptet. — Roggen loco hatte wenig Umsatz zu unveränderten Preisen. In beiden Artikeln ruhte auf Termine der Verkehr so gut wie ganz und Course wurden mehr gehrochen als gehandelt. — Rübbel hatte keine Belebung und blieb unverändert. — Spiritus folgte der Richtung von Getreide und schließt nach anfänglicher Festigkeit matter. — Petroleum war matt. — Roggenmehl hatte zu letzten Preisen stilles Geschäft. — Weizen zu 1000 Kilo, gefürb. — Cr. Rübdungspreis — A., loco 185—228 A. nach Qualität, gelb russischer 190—196 A. ab Bahn bez., gelb uetermärker 196—202 A. ab Bahn bez., zu Januar — A. bez., zu Januar—Februar — A. bez., zu April—Mai 206 $\frac{1}{2}$ A. bez., zu Mai—Juni 206 $\frac{1}{2}$ A. bez., zu Juni—Juli 209—208 $\frac{1}{2}$ A. bez. — Roggen zu 1000 Kilo, gelb russischer 140 $\frac{1}{2}$ A., loco 134—150 ab Bahn bez., zu Januar—Februar 24,8 A. bez., zu Februar—März 24,8 A. bez. — Döllsack zu 1000 Kilo, Winter-Raps 310—330 A., Winter-Rübbel 310—325 A. nach Qualität, russischer 134—138 A. ab Bahn bez., seiner neuer — A. ab Bahn bez., inländischer 140—147 ab Bahn bez., hochseim inländisch — A. ab 30—28 A., No. 6 28—27 A., No. 8 und 1 26 $\frac{1}{2}$ A. ab Bahn bez., hochseim inländisch — A. ab

Bahn bez., zu Januar 140 $\frac{1}{2}$ A. bez., zu Jan—Febr. 140 $\frac{1}{2}$ A. bez., zu April—Mai 143—142 $\frac{1}{2}$ A. bez., zu Mai—Juni 142 A. bezahlt, zu Juni—Juli 142 $\frac{1}{2}$ —142 A. bez., Rübbel zu 100 Kilo mit Tas, gefürb. 500 Cr., Rübdungspreis 71,5 A. loco mit Tas 73 A., loco ohne Tas 71,5 A., zu Jan. 71,5 A., zu Jan.—Febr. 71 A., zu Febr.—März — A., zu April—Mai 70,8 A., zu Mai—Juni 70,7 A., zu Jan.—Juli 69,7 A., zu September—October 67 A. — Spiritus zu 1000 Kilo mit Tas, gefürb. — Litter, Rübdungspreis — A., zu Januar 46 A. bezahlt, zu Jan.—Febr. 49 A. bez., zu April—Mai 50—50,7 A. bez., zu Mai—Juni 51—50,9 A. bez., zu Juni—Juli 51,9—51,8 A. bez., zu Juli—August 52,9—52,8 A. bez., loco o. Tas 49 A. bez. — Petroleum zu 100 Kilo mit Tas, gel. — Cr. Rübdungspreis — A., loco 25 A., zu Jan. 24,8 A. bez., zu Januar—Februar 24,8 A. bez., zu Februar—März 24,8 A. bez. — Döllsack zu 1000 Kilo, Winter-Raps 310—330 A., Winter-Rübbel 310—325 A. nach Qualität, russischer 134—138 A. ab Bahn bez.,

schlesisches Coals-Rohrheisen 2,65—2,80 A. Gießerei-Rohr 2,80—3,15 A. zu 50 Kilogramm. — Stabeisen Gewaltes 5,50—5,75 A. zu 50 Kilogramm ab Werk. — Schmiedeeiserne Träger 9,50—14 A. loco zu 50 Kilogramm je nach Dimension. — Eisenbahnschienen zu Bauzwischen 4,25—5 A., zum Verwalzen 3,30—3,70 A., je nach Lage des Ablieferungsortes. — Englische Fluss- und Schmiedekohlen hier bis 58 A., Coals 45—54 A. zu 40 Hectoliter bezahlt. Schlesischer und Westfälischer Schmelz-Coals 0,80—1,10 A. zu 50 Kilogramm loco hier.

Eisen, Kohlen und Metalle.

Berlin, 23. Januar. Orig.-Ber. der Bank um Hudls. Btg. von Leopold Hadrat. Für engl. Marken 72,50—74, Mansfelder Raffinade 78—79 A. zu 50 Kilogr. — Bancazium 73—75 A. zu 50 Kilogr. Prima Lammazium 72 bis 74 A. zu 50 Kilogramm. Secunda fehlt. — Binf. In Breslau W. v. Giese's Erben 18,25 A., geringere Marken 17,50—18,00 A., hier erstere 20,25—20,75 A., letztere 19,50—20,00 A. zu 50 Kilogr. — Blei i. Tarnowizer, sowie von der Paulshütte, G. v. Giese's Erben hier 20,55—21,00 A., Harzer und Sächsisches 20,50—21,00 A. Spanisches Reim und Co. 24,00—25,00 A. — Rohrheisen. Hierige Lagerpreise für gute u. beste Schott. Marken 3,95—4,40 A. Engl. Rohrheisen 2,80—3,20 A. Ober-

Große Zölle.

Neufahrwasser, 25. Januar. Wind: SW. Angelkommen: Sulzanne (SD), Giefe, Kopenhagen, Ballast. — Norden (SD), Wetterström, Gothenburg, leer.

26. Januar. Wind WNW. Angelkommen: Pink Queen Victoria.

Thorn, 25. Januar. Wasserstand: 1 Fuß 10 Z. Wind: SW. Wetter: Morg. Schneefall, Nachm. bewölkt. Der Eisstand auf der Weichsel ist unverändert.

Berliner Fondsbörse vom 25. Januar 1878.

Die Börse eröffnete heute in einer sehr gedrückten Stimmung den Verkehr; doch besserte sich bald die Stimmung, und es zeigte sich eine dauernd steigernde Coursbewegung der Haupteffekten. Die internationalen Speculationspapiere sahen nicht unbedeutend unter dem gestrigen Niveau ein, lenkten dann aber bald in steigende Richtung ein. Oesterr. Credititien gingen ziemlich leicht um, erreichten aber, trotzdem sich die Notiz

besonders gegen den Schluss der Börse sprangweise aufwärts bewegte, nicht den gestrigen Schlusscours. Lombarden und Franzosen blieben ruhiger. Die Österreichischen Nebenbahnen waren gedrückt und wurden überhaupt nur wenig umgesetzt, Galizier und die Mehrzahl der übrigen Devisen mussten in den Coursen nachgeben. Auch die localen Speculationseffekte vermochten nicht sich auf den gestrigen Notirungen zu behaupten. Der

Verkehr auf diesem Gebiete blieb aber sehr gering. Die auswärtigen Staatsanleihen mußten sämlich in den Coursen nachgeben, auch waren die Umläufe gerade nicht zu eingeben. Neben Oesterr. Renten gingen Italiener rege um. Auch in Russischen Wertpapieren fand ein belangreiches Geschäft bei weichenen Preisen statt. Preußische und andere deutsche Staatspapiere unverändert still. Prioritäten fest aber in geringem Verkehr. Auf dem

Eisenbahnmarkte herrschte keine einheitliche Stimmung. Die rheinisch-westfälischen Speculations-Devisen behaupteten gute Festigkeit. Bankactien sehr still, aber ziemlich fest. Industriepapiere meist ganz geschäftlos.

† Bilan vom Staat erwartet.

Deutsche Fonds.	Bil. 1876		Bil. 1878		Bil. 1876	Bil. 1878		Bil. 1876	Bil. 1878		Bil. 1876	Bil. 1878		Bil. 1876	Bil. 1878	
	do.	do.	do.	do.		do.	do.		do.	do.		do.	do.		do.	do.
Konsolidierte Anl. 4 $\frac{1}{2}$ 104,25	95	95	95	95	169,25	11	113,10	9 $\frac{1}{4}$	do. do. Elbethal	64	do. do. Command.	111,50	4	Dober. u. Hütten-Bedell.	111,50	4
Pr. Staats-Anl. 4 $\frac{1}{2}$ 95,20	101,75	101,75	101,75	101,75	79,25	do. St.-Pr.	16,90	0	+ Ungar. Nordostb.	55,50	Gew.-Br. Schuler	—	0	Hortm. Union Wdg.	6,85	0
Staats-Schuldt. 3 $\frac{1}{2}$ 92,50	100,75	100,75	100,75	100,75	151,25	do. St.-Pr.	—	4	+ Ungar. Ostbahn	53,50	Zint. Handelsges.	—	0	Rhein. u. Danab.	68,40	2
Pr. Brüm. u. 1853 3 $\frac{1}{2}$ 186,40	106,25	106,25	106,25	106,25	151	do. St.-Pr.	74	3 $\frac{1}{4}$	Breit-Grajewo	72,90	Königsl. Ver. B.	82,25	5 $\frac{1}{4}$	Görlitz, Binf.	17	—
Deutsche Reichs-A. 4 94,80	100,10	100,10	100,10	100,10	73,90	do. St.-Pr.	102,10	8 $\frac{1}{2}$	Neimark-Kern. gas.	85,50	Meining. Gredib.	71,10	2	Norddeutsche Bank	137	—
landsh. G.-Rödt. 4 94,90	100,10	100,10	100,10	100,10	78,20	do. St.-Pr.	59,75	5	+ Chart.-Klow. ell.	85,10	Reit. Boden-Gred.	94,75	3	Wechsel-Gouds. v.	25. Jan.	
Böhmerw. Wdg. 3 $\frac{1}{2}$ 83,50	83,50	83,50	83,50	83,50	85	do. St.-Pr.	61	0	+ Kurszt.-Chartow	88,80	Amsterd. Bd.	117	9 $\frac{1}{4}$	Amsterdam	168,25	
do. do. 4 95,20	100,10	100,10	100,10	100,10	76,75	do. St.-Pr.	—	0	+ Kurszt.-Kiew	91	Pr. Gen. Bd. Cr.	—	0	Pr. Gen. Bd. Cr.	167,60	
do. do. 4 101,60	101,60	101,60	101,60	101,60	65,25	do. St.-Pr.	56,90	0	+ Mosk.-Rjazan	97,20	Pr. Boden-Gred.	1,50	0	London	3	180,365
Pr. Gen. Bd. Cr. 3 $\frac{1}{2}$ 82,90	82,90	82,90	82,90	82,90	101,90	do. St.-Pr.	34,10	0	+ Rosse-Smolensk	85	Pr. Ritterh. B.	51	0	St. Petersburg	3	20,27
do. do. 4 94,90	94,90	94,90	94,90	94,90	103,70	do. St.-Pr.	11,40	0	+ Rjazan.-Kozlow	92,75	Central Bank	17	0	Paris	2	81
do. do. 4 $\frac{1}{2}$ 101,80	101,80	101,80	101,80	101,80	108	do. St.-Pr.	28,25	0	+ Warschau-Teresp.	86,25	Stett. Mallerbank	92	0	Edg. Wantpl.	2	88,95
Ausländische Fonds.	do.	do.	do.	do.	104,10	do. Gold-A.	16,25	0	+ do. Nordwestb.	185,75	Actien d. Colonia	0,20	0	Amsterdam	2	80,65
Italien. Renten 5 94,50	94,50	94,50	94,50	94,50	73	do. St.-Pr.	72,25	3 $\frac{1}{4}$	do. St. B.	80	Leipz. Feuer-W.	622,55	0	Wien	3	169,75
Oesterr. Goldrente 4 63,20	63,20	63,20	63,20	63,20	102,25	Magdeb.-Halberg.	102,50	8	+ Reichend.-B. v.	37	do. Gred.	8370	96	London	3	167,60
do. do. 4 83,25	83,25	83,25	83,25	83,25	66,25	B.	24,50	0	do. St.-Pr.	75	do. Gred.	147,75	10 $\frac{1}{2}$	Petersburg	235,5	212,50
Oesterr. Pap.-Rente 4 $\frac{1}{2}$ 54,40	54,40	54,40	54,40	54,40	95,80	do. St.-Pr.	70,50	0	do. St.-Pr.	2	do. Gred.	105	0	Paris	5	212,25
do. do. 4 95,40	95,40	95,40	95,40	95,40	95	do. St.-Pr.	69,10	5	do. St.-Pr.	0	do. Gred.	17	0	Merken	5	212,50
do. 11. Ger. 5 100,90	100,90	100,90	100,90	100,90	292	Raab.-Graj.-A.	76,50	5	do. St.-Pr.	0	do. Gred.	5,75	0	Göttingen	5	212,75
do. do. 4 $\frac{1}{2}$ 103,80	103,80	103,80	103,80	103,80	106,70	Numänische Anleihe	19,50	4	do. Westb.	6,60	do. Gred.	65,90	0	Dresden	5	20,34
do. neue 4 $\frac{1}{2}$ —	—	—	—	—	252	Riederh.-Märk.	19,50	4	do. Westb.	16,80	do. Gred.	93,50	7	Leipzig	4	16,18
do. do. 4 $\frac{1}{2}$ 93	93	93	93	93	106,70	Nordhau.-Gefurt	19,50	4	do. Westb.	155	do. Gred.	106,75	7	Wien	4	1392
do. do. 4 $\frac{1}{2}$ 100,80	100,80	100,80	100,80	100,80	25	St.-Pr.	36,80	1 $\frac{1}{4}$	do. Westb.	73,25	do. Gred.	5,75	0	Wohlcr. Maschins.	7,80	4,185
Ungar. Renten 4 $\frac{1}{2}$ 95,80	95,80	95,80	95,80	95,80	157,50	Oberh. A. u. O.	118,25	9 $\frac{1}{2}$	do. Westb.	73,25	do. Gred.	6,75	0	Wohlcr. Maschins.	7,80	4,185
do. do. 4 $\frac{1}{2}$ 95,30	95,30	95,30	95,30	95,30	79,40	do. St.-Pr.	112,80	9 $\frac{1}{2}$	do. Westb.	73,25	do. Gred.	6,75	0	Wohlcr. Maschins.	7,80	4,185
do. do. 4 $\frac{1}{2}$ 120,25	120,25	120,25	120,25	120,25	80,40	do. St.-Pr.	32,90	0	do. Westb.	73,25	do. Gred.	6,75	0	Wohlcr. Maschins.	7,80	4,185
do. do. 4 $\frac{1}{2}$ 121,20	121,20	121,20	121,20	121,20	81,20	do. St.-Pr.	83,60	5	do. St.-Pr.	48,25	do. Gred.	6,75	0	Wohlcr. Maschins.	7,80	4,185
do. do. 4 $\frac{1}{2}$ 88,80	88,80	88,80	88,80	88,80	81,20	do. St.-Pr.	92,75	6 $\frac{1}{2}$	do. St.-Pr.	60,60	do. Gred.	6,75	0	Wohlcr. Maschins.	7,80	4,185
do. do. 4 $\frac{1}{2}$ 109,60	109,60	109,60	109,60	109,60	81,20	do. St.-Pr.	104,50	6 $\frac{1}{2}$	do. St.-Pr.	64,40	do. Gred.	6,75	0	Wohlcr. Maschins.	7,80	4,185
do. do. 4 $\frac{1}{2}$ 174	174	174	174	174	74,50	do. St.-Pr.	82,75	6	do. St.-Pr.	328,20	do. Gred.	6,75	0	Wohlcr. Maschins.	7,80	4,185
do. do. 4 $\frac{1}{2}$ 170,80	170,80	170,80	170,80	170,80	74,50	do. St.-Pr.	9,40	0	do. St.-Pr.	73,50	do. Gred.	6,75	0	Wohlcr. Maschins.	7,80	4,185
do. do. 4 $\frac{1}{2}$ 127	127	127	127	127	81,20	do. St.-Pr.	12,50	0	do. St.-Pr.	79,60	do. Gred.	6,75	0	Wohlcr. Maschins.	7,80	4,185
do. do. 4 $\frac{1}{2}$ 81,20	81,20	81,20	81,20	81,20	26,25	do. St.-Pr.	160,75	6 $\frac{1}{2}$	do. St.-Pr.	73,25	do. Gred.	6,75	0	Wohlcr. Maschins.	7,80	4,185